

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 37. Ratssitzung vom 30. Januar 2019**

### **877. 2018/449**

#### **Postulat von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 21.11.2018: Vorlage eines Berichts über die finanziellen Auswirkungen im Zusammenhang mit der angestrebten Verlagerung von der stationären Altersversorgung hin zum Wohnen zu Hause**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marion Schmid (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 598/2018): Wir werden den Verdacht nicht los, dass es bei den verschiedenen Vorstössen zwar darum geht, dass alle nach ihren Bedürfnissen leben können, aber dass es auch darum geht, dass es schliesslich zu Einsparungen kommen sollte, wenn mehr Menschen zuhause leben und ambulant versorgt werden. Kosten werden immer gerne gespart, obwohl unser System der Langzeitpflege akut unterfinanziert ist. Diesbezüglich haben wir einige Zweifel und offene Fragen, weshalb wir dieses Postulat einreichten. Es ist uns ein Anliegen, genau hin zu schauen und Fakten für die zukünftige Situation zu schaffen. Die Fachleute sind sich nicht einig, ob das Leben zuhause günstiger ist. Bei einer leichten Pflegebedürftigkeit und einem geringen Betreuungsaufwand ist das der Fall, aber ab einem gewissen Punkt ist das nicht mehr der Fall. Das muss genau ermittelt werden. Nun der zweite, noch wichtigere Punkt: Nichts spricht dagegen, dass möglichst viele Menschen zuhause leben. Die meisten wollen das. Das hat aber eine sehr grosse Auswirkung auf die Finanzierung; nicht nur bezüglich der Höhe der Kosten, sondern auch auf die Kostenträger. Es muss beantwortet werden, wer genau was bezahlt, was die öffentliche Hand und wer innerhalb von ihr bezahlt und was die Leistungsbezüger oder deren Angehörigen – in Form von Geld oder Pflegeleistung – bezahlen. Das Finanzierungssystem ist so aufgebaut, dass in einer stationären Einrichtung das Rundumsorglos-Paket vorhanden ist. Diesen Zustand im heutigen Finanzierungsmodell begrüssen wir nicht, wir finden uns aber damit ab. Als Stadt müssen wir ermitteln, wie wir gleiche Spiesse für beide Versorgungssysteme schaffen können. Dafür werden genaue Angaben und Daten benötigt. Daher fordern wir, dass dies im Detail erhoben und ausgewiesen wird und die Auswirkungen aufgezeigt werden. So wird unser Verständnis der Materie gesichert, wir können die Situation in Zukunft beobachten und gegebenenfalls entgegensteuern. Es darf nicht sein, dass die Neuausrichtung der Altersstrategie mit ihren hehren Zielen auf Kosten der betroffenen Menschen, der Angehörigen oder der Pflegenden mit sehr unklaren Arbeitsverhältnissen erfolgt. Auch dass die Neuausrichtung mit einem Leistungsabbau verbunden wird, wollen wir vermeiden. Mit dem Postulat schaffen wir Klarheit über die Finanzierungsströme.*

***Corina Ursprung (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 5. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag: Auch wir sehen die Gefahr, dass es durch den*

*Ansatz «ambulant vor stationär» zu einer Verlagerung kommen wird und dass mehr ambulante Hilfestellungen benötigt werden. Wir gehen davon aus, dass dadurch mehr Kosten entstehen. In erster Linie geht es uns nicht um das Kostensparen; wir wollen wissen, was es an stationären Plätzen braucht und falls diese Anzahl geringer wird, können die eingesparten Mittel dort investiert werden, wo es sinnvoll und notwendig ist. Darum beantragen wir eine Textänderung, die verdeutlichen soll, wo mehr und wo weniger Geld ausgegeben wird. So werden wir zusätzlich erfahren, wie viele stationäre Plätze abgebaut werden konnten und welcher Minderaufwand entsteht. Das zeigt uns, wo Mittel frei werden, die sinnvoller beispielsweise für gewisse Services investiert werden können.*

Weitere Wortmeldungen:

**Susanne Brunner (SVP):** *Die Aussagen der SP sind befremdlich. Natürlich wollen wir Kosten einsparen. Ein Drittel der Menschen in den Pflegeinstitutionen sind dort stationär untergebracht, obwohl sie nicht dorthin gehören. Das führt zu erhöhten Kosten. Die Altersstrategie soll punktgenau auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen. Jemand, der nicht pflegebedürftig ist, sollte nicht in einem Altersheim wohnen – das geht an den Bedürfnissen vorbei – sondern in einer Alterswohnung. Mit einer Betreuung zuhause durch die Spitex wird im Vergleich zu einem Platz in einem Altersheim insgesamt Geld eingespart. Wir unterstützen das Postulat, damit die Zahlen genau präsentiert werden. Damit kann ein Fehler verhindert werden, wie das bei den Spitälern geschah, wo die ambulanten und stationären Behandlungen nicht gleich finanziert werden. Wenn die SP Angst davor hat, Kosten einzusparen, kann ich sie beruhigen; es wird zu einer Volumenausdehnung kommen, weil immer mehr Menschen immer älter werden und auf eine Betreuung angewiesen sind. Wir müssen schliesslich ermitteln, wie diese Betreuung aussehen soll. Vermutlich wird es zu mehr Spitexeinsätzen und weniger Leistungen in den Alters- und Pflegezentren kommen. Die Volumenausdehnung wird insgesamt zur Kostensteigerung führen. Ich möchte die Aussage von Raphael Kobler (FDP) korrigieren: Natürlich begrüssen wir die Altersstrategie, dass die Bedürfnisse abgeklärt werden und dass schliesslich das Angebot an die veränderten Bedürfnisse angepasst wird. Wir begrüssen auch die sehr gute Textänderung der FDP, mit der wir das Postulat als Ganzes unterstützen.*

**Guy Krayenbühl (GLP):** *Wenn wir älter werden, wollen wir so lange wie möglich zuhause leben. Das bedeutet, dass wir eventuell auf ambulante Pflege angewiesen sein werden. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass es immer Institutionen wie Alters- und Pflegezentren brauchen wird, da es viele individuelle Fälle gibt, die das verlangen. Gleichzeitig dürfen die Wohnungen aber nicht zu Pflegezentren werden. Darum unterstützen wir das Postulat und begrüssen einen solchen Bericht. So wird eine Stufe der Pflegebedürftigkeit ermittelbar, auf der die Pflege nicht mehr zuhause erfolgen sollte. Die Textänderung der FDP führt zu einem umfassenderen Bild. Wir hoffen auf die Überweisung des Postulats und sind auf den Bericht gespannt.*

**Monika Bättschmann (Grüne):** *Das offenbar präferierte Leben in der Privatwohnung bedeutet bei zunehmender Pflegebedürftigkeit steigende und durch die Krankenkasse*

*ungeddeckte Kosten. Die Kosten übersteigen ab einem gewissen Punkt die Kosten des Lebens in einer Institution. Wir begrüßen, dass mit dem geforderten Bericht darüber Klarheit geschaffen wird. Darum unterstützen wir das Postulat. Dazu möchte ich aber bemerken, dass auf der anderen Ratsseite stets betont wird, dass in den Alterszentren Menschen leben, die nicht dorthin gehören. Dabei unterschätzt sie etwas: In den Alterszentren leben auch viele demente Menschen und solche mit einer beginnenden Demenz, die nicht auf Pflege im engeren Sinne angewiesen sind und deshalb nicht im BESA-System erscheinen. Sie sind jedoch auf eine Tagesstruktur angewiesen. Dass demente Menschen ohne eine Tagesstruktur zuhause vor sich hinleben, ist nicht zumutbar. Diese Menschen sind auf unsere Fürsorge angewiesen.*

**Marion Schmid (SP):** *Bezüglich der Aussage von Susanne Brunner (SVP), dass dreissig Prozent der in Altersheimen lebenden Menschen nicht dorthin gehören, muss ich die Frage stellen, was uns qualifiziert, zu bestimmen, wer tatsächlich in ein Alterszentrum gehört und wer nicht. Für ein Leben im Alterszentrum gibt es mannigfaltige Gründe. Wenn verlangt wird, dass die Bedürfnisse der einzelnen Menschen berücksichtigt werden müssen, dann darf es auch ein Bedürfnis sein, in einem Alterszentrum leben zu wollen. Die Textänderung der FDP begrüsse ich sehr. Den vorgeschlagenen Teil von Corina Ursprung (FDP) dachte ich bereits mit; Plätze können abgebaut und damit Kosten eingespart werden. Davor haben wir von der SP selbstverständlich keine Angst. Auf der anderen Seite wird es aber auch zu Mehrkosten kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** *Ich freue mich über diesen im Rahmen der Altersstrategie wichtigen Vorstoss, der den finanziellen Aspekt beleuchtet. Wir wollen, dass alle alten Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dieser Leitgedanke kostet Geld und die Frage der Finanzierbarkeit ist ein wichtiger Punkt in der neuen Altersstrategie. Auch muss abgeklärt werden, ab welchem Zeitpunkt es finanziell preiswerter ist, in einem stationären Heim anstatt zuhause zu leben. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass es ab der mittleren Pflegestufe günstiger ist, wenn jemand stationär gepflegt und betreut wird. Das ist aber noch genau zu prüfen. Momentan besteht ein systemisches Problem: In einem Zentrum wird der Ergänzungsleistungsanspruch angerechnet. Wenn jemand aber zuhause lebt und Ergänzungsleistungen bezieht, ist das nicht der Fall. Darum besteht aus finanzieller Sicht der systemische Anreiz, dass die Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, früher in ein Alterszentrum ziehen, weil das weniger Kosten bedeutet. Diesen Aspekt werden wir genauer untersuchen. Er hat aber grundsätzlich nichts damit zu tun, welche Menschen in den Alterszentren leben sollen und welche nicht. Der systemische Fehler muss behoben werden, was aber nicht in der Kompetenz der Stadt liegt.*

Marion Schmid (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

4 / 4

#### Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat zusammen mit der Überarbeitung der Altersstrategie einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie sich die angekündigte Verlagerung (vom stationären Bereich hin zu vom Leben zu Hause unterstützt mit Spitex-Leistungen) auf die Finanzierung der Unterstützung (Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft und Ähnliches) auswirkt. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen sowohl aus der Perspektive der Leistungsbezüger\*innen als auch aus der Perspektive der öffentlichen Hand und der Versicherungen als Kostenträger zu beleuchten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie gross wird der Anteil der älteren Bevölkerung geschätzt, die bei einem Ausbau der ambulanten Versorgung zusätzlich zu Hause leben könnte? Wie viele stationäre Plätze könnten aufgrund reduzierter Nachfrage abgebaut werden? und ~~W~~Welcher Mehraufwand würde dies bei den Spitex-Leistungen und anderen Dienstleistungen ergeben? Welchen Minderaufwand im stationären Bereich.
- Welche zusätzlichen Anforderungen stellt eine solche Verlagerung an spezifische Angebote (z.B. geriatrische Rehabilitation, Akut- und Übergangspflege, ambulante psychiatrische Betreuung ... ) und wie kann deren Finanzierung für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die einzelnen Kostenträger (Leistungsbezüger\*innen, öffentlichen Hand, Versicherungen)?
- Welche Auswirkungen hätte diese Verlagerung auf die Stadtkasse, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Zusatz- und Ergänzungsleistungen?
- Wie wird gewährleistet, dass diese Verlagerung nicht zu Lasten der Angehörigen (durch Pflege und Betreuungsaufgaben sowie finanzielle Unterstützung) oder der Leistungsbezüger\*innen geht?
- Wie wird gewährleistet, dass alle Bevölkerungsschichten die notwendige Unterstützung zu Hause finanzieren können und nicht aus finanziellen Gründen von Leistungen ausgeschlossen bleiben oder gegen ihren Willen in eine Langzeitinstitution eintreten müssen?

Das geänderte Postulat wird mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat